Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:	Verantwortliche/r:	Vorlagennummer:
VIII/40-1	Schulverwaltungsamt	**40/295/2026**

Fraktionsantrag 178/2026; Haushalt 2027: Übernahme von Aufgaben des Freistaats durch städtische Schulen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bildungsausschuss	19.11.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
40 T, 40 W, 40 M, Amt 20

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag 178/2026 ist hiermit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen
(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit Antrag 178/2026 vom 13.10.2026 beantragen die Grüne/Grüne Liste, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche (auch finanziellen) Leistungen die Stadt Erlangen durch ihre städtischen Schulen vom Freistaat Bayern übernimmt. Dabei ließe sich beispielsweise erläutern, welche Kosten im Falle einer Verstaatlichung der Freistaat Bayern tragen würde.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die gemeinsame Stellungnahme der Schulleitungen der Wirtschaftsschule, des Marie-Therese-Gymnasiums und der Fachschule für Technik ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Nachfolgend werden die Kostensalden (Aufwände ./. Erträge) der drei städtischen Schulen bezogen auf das Haushaltsjahr 2025 dargestellt. Im Wesentlichen beziehen sich diese auf die Personalkostenaufwendungen und die Lehrpersonalzuschüsse; alle anderen Kosten (Gebäude, IT, Ausstattung etc.), würden auch bei einer Verstaatlichung der Schulen im Sachaufwand der Stadt Erlangen verbleiben und sind in der Berechnung daher nicht enthalten.

- Wirtschaftsschule: -3.350.746 €
- Marie-Therese-Gymnasium: -5.364.431 €
- Fachschule für Technik: -1.416.000 €

Lt. Ausführungen des Kultusministeriums aus dem Jahr 2020 setzt eine Verstaatlichung der Schulen

voraus, dass für die benötigten Lehrkräfte und das benötigte Verwaltungspersonal die erforderlichen Stellen und Mittel im Staatshaushalt bereitgestellt werden. Für den Einstieg in die Verstaatlichung kommunaler Schulen bestehen keine Spielräume.
Mit Schreiben vom 18.10.2026 bestätigte Herrn Staatsminister Joachim Herrmann erneut, dass eine Übernahme der Fachschule für Technik in staatliche Trägerschaft nach Auskunft des Kultusministeriums angesichts der damit verbundenen erheblichen zusätzlichen Personal- und Haushaltsbelastungen derzeit nicht in Betracht kommt.

Anlagen:
- Fraktionsantrag 178/2026
- Anlage 1 Stellungnahme der Schulleitungen

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang